

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (18. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 20/5983 –**

Forschung zu Long COVID, ME/CFS und Post-Vac-Syndrom in Deutschland stärken

A. Problem

Die CDU/CSU-Fraktion stellt fest, laut einer aktuellen Studie leiden in Deutschland mindestens eine Million und weltweit rund 65 Millionen Menschen an den Folgen einer COVID-Infektion. Die Betroffenen und Angehörigen fühlten sich oft hilflos im Umgang mit der Erkrankung. Insgesamt erzeuge diese Erkrankung Leid und Verzweiflung in der Gesellschaft.

Forschende beschäftigten sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten bereits mit Long COVID, aber auch mit Myalgischer Enzephalomyelitis/dem Chronischen Fatigue-Syndrom (ME/CFS) und dem Post-Vac-Syndrom, denn die Betroffenen litten oft unter ähnlichen Symptomen. Über die reguläre Förderung hinaus, erhielten Forschende jedoch keine weiteren Zuwendungen für die Long-COVID-Forschung vom Bundesforschungsministerium. Das BMBF verfüge im Jahr 2023 über einen Haushalt von ca. 21,5 Milliarden Euro, von denen Bundesministerin Stark-Watzinger lediglich 12,5 Millionen Euro für die Projektförderung zur Erforschung von Long COVID zur Verfügung stelle. Dies entspricht weniger als 0,1 % des gesamten Haushaltes. Diese Fördersumme sei unzureichend und werde der Größe der gesamtgesellschaftlichen Herausforderung nicht gerecht. Zudem werde die Forschung zu Long COVID, ME/CFS und dem Post-Vac-Syndrom in der „Zukunftsstrategie Forschung und Innovation“ der Bundesregierung, welche ein ressortübergreifendes Fundament für deren Politik in diesem Bereich bilden soll, nicht erwähnt.

B. Lösung

Die Fraktion schlägt vor durch eine ausgeweitete Projektförderung des Bundes die Forschung zu Long COVID, ME/CFS und Post-Vac-Syndrom erheblich auszubauen. Es müsse eine langfristig und breit angelegte Forschungsstrategie gegen Long COVID unter gemeinsamer Federführung von BMBF und BMG nach dem Vorbild der „Nationalen Dekade gegen den Krebs“ aufgesetzt werden. Die Aspekte der Forschung zum Post-Vac-Syndrom und zu ME/CFS sollten in die Forschung zu Long COVID miteinbezogen werden, sodass vorhandene Synergieeffekte genutzt werden könnten. Zudem müsse dafür Sorge getragen werden, dass die Erkenntnisse aus Wissenschaft und Forschung schnellstmöglich zu den Betroffenen gelangen.

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen CDU/CSU und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 20/5983 abzulehnen.

Berlin, den 14. Juni 2023

Kai Gehring
Vorsitzender

Ruppert Stüwe
Berichterstatter

Stephan Albani
Berichterstatter

Laura Kraft
Berichterstatterin

Dr. Stephan Seiter
Berichterstatter

Dr. Götz Frömming
Berichterstatter

Dr. Petra Sitte
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Ruppert Stüwe, Stephan Albani, Laura Kraft, Dr. Stephan Seiter, Dr. Götz Frömming und Dr. Petra Sitte

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 20/5983** in seiner 90. Sitzung am 15. März 2023 beraten und an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung und an den Haushaltsausschuss, den Wirtschaftsausschuss, den Ausschuss für Gesundheit und den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die CDU/CSU-Fraktion stellt fest, laut einer aktuellen Studie leiden in Deutschland mindestens eine Million und weltweit rund 65 Millionen Menschen an den Folgen einer COVID-Infektion. Die Betroffenen und Angehörigen fühlten sich oft hilflos im Umgang mit der Erkrankung, die den Alltag erheblich beeinträchtigt, denn die Suche nach der zutreffenden Diagnose und wirksamen Behandlungsmethoden sei kräftezehrend. Insgesamt erzeuge diese Erkrankung Leid und Verzweiflung in der Gesellschaft. Vor diesem Hintergrund richteten sich viele Hoffnungen auf Fortschritte in der Wissenschaft und Forschung.

Forschende beschäftigten sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten bereits mit Long COVID, aber auch mit Myalgischer Enzephalomyelitis/dem Chronischen Fatigue-Syndrom (ME/CFS) und dem Post-Vac-Syndrom, denn die Betroffenen litten oft unter ähnlichen Symptomen. Forschungsergebnisse könnten daher allen Betroffenen zugutekommen. Über die reguläre Förderung hinaus erhielten Forschende jedoch keine weiteren Zuwendungen für die Long-COVID-Forschung vom Bundesforschungsministerium. Das BMBF verfüge im Jahr 2023 über einen Haushalt von ca. 21,5 Milliarden Euro, von denen die Bundesministerin Stark-Watzinger lediglich 12,5 Millionen Euro für die Projektförderung zur Erforschung von Long COVID zur Verfügung stelle. Dies entspreche weniger als 0,1 % des gesamten Haushaltes. Diese Fördersumme sei unzureichend und werde der Größe der gesamtgesellschaftlichen Herausforderung nicht gerecht. Wissenschaft und Forschung blieben weit hinter ihren Möglichkeiten zurück. Noch zu Beginn des Jahres habe der Bundesgesundheitsminister Lauterbach in einem Interview mit einer deutschen Tageszeitung angekündigt, die Vorsorgeforschung zu Long COVID fördern zu wollen. Zudem werde die Forschung zu Long COVID, ME/CFS und dem Post-Vac-Syndrom in der „Zukunftsstrategie Forschung und Innovation“ der Bundesregierung, welche ein ressortübergreifendes Fundament für deren Politik in diesem Bereich bilden soll, nicht erwähnt.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel auf,

1. die Forschung zu Long COVID, ME/CFS und Post-Vac-Syndrom durch die Projektförderung des Bundes erheblich auszubauen;
2. eine langfristig und breit angelegte Forschungsstrategie gegen Long COVID unter gemeinsamer Federführung von BMBF und BMG nach dem Vorbild der „Nationalen Dekade gegen den Krebs“ aufzusetzen und dabei insbesondere dafür Sorge zu tragen, dass Erkenntnisse aus Wissenschaft und Forschung schnellstmöglich bei den Betroffenen ankommen;
3. in diese Anstrengungen auch Aspekte der Forschung zum Post-Vac-Syndrom und zu ME/CFS miteinzubeziehen, um vorhandene Synergieeffekte nutzen zu können.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Haushaltsausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 20/5983 in seiner 51. Sitzung am 14. Juni 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen CDU/CSU und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD deren Ablehnung.

Der **Wirtschaftsausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 20/5983 in seiner 49. Sitzung am 14. Juni 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen CDU/CSU und DIE LINKE. deren Ablehnung.

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat die Vorlage auf Drucksache 20/5983 in seiner 73. Sitzung am 14. Juni 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen CDU/CSU und DIE LINKE. deren Ablehnung.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat die Vorlage auf Drucksache 20/5983 in seiner 42. Sitzung am 14. Juni 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen CDU/CSU und DIE LINKE. deren Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

1. Anhörung

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung hat in seiner 46. Sitzung am 10. Mai 2023 eine öffentliche Anhörung zu dem Antrag auf Drucksache 20/5983 durchgeführt. An dieser Anhörung haben folgende Sachverständige teilgenommen:

Dr. med. Claudia Ebel
Fatigatio e. V.

Ralf Heyder
Koordinierungsstelle Netzwerk Charité Universitätsmedizin

Prof. Dr. med. Christof von Kalle
Berlin Institute of Health

Prof. Dr. med. Dr. h. c. Hans-Georg Kräusslich
Medizinische Fakultät Heidelberg

Prof. Dr. med. Carmen Scheibenbogen
Institut für Medizinische Immunologie Charité Campus Virchow Klinikum

Prof. Dr. rer. nat. Klaus Steger
Universität Gießen

Prof. Dr. med. Hendrik Streeck
Institut für Virologie Universität Bonn

Prof. Dr. Tobias Welte
Medizinische Hochschule Hannover

2. Ausschussberatung

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung hat die Vorlage in seiner 44. Sitzung am 26. April 2023 erstmalig beraten und die Durchführung einer öffentlichen Anhörung beschlossen. Nach Durchführung der Anhörung am 10. Mai 2023 hat der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung die Beratung des Antrags auf Drucksache 20/5983 in seiner 49. Sitzung am 14. Juni 2023 abgeschlossen.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** empfiehlt die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 20/5983 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen CDU/CSU und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD.

Die **CDU/CSU-Fraktion** erläutert, dass der Antrag eine Bewertung der wissenschaftlichen Entwicklung der letzten anderthalb Jahre beinhalte und damit durchaus der parlamentarischen Kontrollfunktion einer Opposition entspreche. Die Bundesregierung habe die allgemeine Forschung zu den Spätfolgen von Viruserkrankungen nicht ausreichend gestärkt. Bei postviralen Erkrankungen stelle sich die Diagnostik regelmäßig als sehr kompliziert heraus, sodass wissenschaftliche Untersuchungen diesbezüglich vor großen Herausforderungen stünden. Spätestens seit dem Ausbruch der Pandemie sollte dieses Krankheitsbild einen angemessenen Platz in der deutschen Forschungslandschaft erhalten. In dreierlei Hinsicht müsse das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) zusammen mit dem Bundesministerium für Gesundheit (BMG) tätig werden.

Zunächst brauche es mehr große medizinische Anlaufstellen, damit Erkrankte schnell eine entsprechende Hilfe erhalten könnten. Niedergelassene Ärzte hätten nur selten die Kapazitäten, postvirale Erkrankungen als solche festzustellen, sie zu begleiten oder zu behandeln. Die beiden Zentren in Deutschland, in Berlin und München, seien für eine flächendeckende Betreuung nicht ausreichend. Viele Erkrankte suchten Hilfe bei Personen, die ihnen ein Wissen über Krankheitserscheinungen nur vortäuschten.

Zweitens seien Studien hilfreich, die Medikamente und Wirkstoffe auf ihre Wirksamkeit zur Behandlung postviraler Erkrankungen hin überprüften.

Und drittens solle der Bund die Forschung auf diesem Gebiet rasch und in großem Umfang fördern, damit ausschlaggebende Erkenntnisse gewonnen werden könnten und die betroffenen Menschen eine Perspektive erhielten. 12,5 Millionen Euro, aber auch 20 Millionen Euro seien ungenügend. Die CDU/CSU-Fraktion halte eine Förderung von 100 Millionen Euro zur Erforschung der postviralen Erkrankungen für angemessen.

Die **SPD-Fraktion** begrüßt, dass mit diesem Antrag eine weitgehend einheitliche Grundhaltung zur Notwendigkeit der Krankheitsforschung deutlich werde. Da es bereits vor der Corona-Pandemie viele ME/CFS-Erkrankte gegeben habe, sei der Forschungsetat dahingehend zu gering gewesen. Tatsächlich unterstütze die Bundesregierung die wissenschaftliche Untersuchung postviraler Erkrankungen und stimme die Wissenschaft darüber hinaus mit der Gesundheitsversorgung strukturell ab. Dadurch könnten die Erkenntnisse aus der Forschung wirksamer in die medizinische Beratung und Betreuung der Erkrankten einfließen. Eine umfassende Förderung der entsprechenden Forschungsfelder werde Gegenstand der Haushaltsverhandlungen sein.

Auch für die Entwicklung und Nutzung der geeigneten Medikamente bei postviralen Erkrankungen müsse die Bundesregierung Strategien vorantreiben oder aufstellen. Tatsächlich sei es sehr hilfreich, wie die CDU/CSU-Fraktion ausführe, vorhandene Medikamente auf ihre Geeignetheit zur Behandlung von ME/CFS zu überprüfen. Letztendlich stehe bei Fragen der Medikamentenforschung nicht nur der Bundeshaushalt in der Verantwortung, sondern der Bund müsse mit den jeweiligen Vertretern der Pharmaindustrie zusammenarbeiten. Dies habe Professorin Dr. med. Scheibenbogen in der Anhörung vom 10. Mai 2023 hervorgehoben.

Letztendlich sei die SPD-Fraktion darüber erfreut, dass die Union ihre Kräfte für dieses wichtige Thema gebündelt habe. Es sei aber wichtig, einen gemeinsamen Prozess in Gang zu setzen, der alle Fraktionen miteinbeziehe. Die Regierungskoalition werde sich zu Long COVID sowie ME/CFS jedenfalls im Rahmen der Haushaltsverhandlungen positionieren. Für eine umfassende Stellungnahme der Bundesregierung zur Bekämpfung postviraler Erkrankungen biete der Antrag momentan keine hinreichende Grundlage.

Die **AfD-Fraktion** dankt der CDU/CSU-Fraktion, dass sie die Debatte zu den postviralen Erkrankungen durch ihren Antrag im Ausschuss angeregt habe. Zu wenig seien in der heutigen Sitzung aber die Impfnebenwirkungen thematisiert worden, obwohl diese auch Gegenstand des Antrags seien. Zehntausende schwere Verdachtsfälle im Zusammenhang mit Impfungen habe das Paul-Ehrlich-Institut verzeichnet. Im Bereich Long COVID sei bereits eine erhebliche Forschung angestoßen worden, während sie für die Impfnebenwirkungen unzureichend sei. Besonders schwierig sei es für die Betroffenen, den Zusammenhang ihrer Beeinträchtigung mit der Impfung nachzuweisen. Eine deutlichere Klassifizierung des entsprechenden Krankheitsbildes könne in dieser Hinsicht helfen.

Zudem sei es bemerkenswert, welche Geldsummen die Hersteller von Impfstoffen durch den Verkauf verdienten. 20 Milliarden Euro habe allein BionTech im Verlauf der Jahre 2021 bis 2023 an Gewinn gemacht. Ein Anteil davon solle der Erforschung von Impfnebenwirkungen zugutekommen. Bedauerlicherweise seien diesbezüglich sehr schlechte Verträge mit den Unternehmen geschlossen worden, auch unter Mitwirkung der CDU/CSU-Fraktion. Diese Verträge solle man nachverhandeln.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** unterstreicht, wie wichtig es sei, diese emotionale Debatte im Parlament zu führen. Entscheidend sei, dass die Gefahr einer COVID-Infektion mit schwerwiegenden Auswirkungen weiterhin bestehe. Viele Long-COVID-Erkrankte hätten ihren Lebensentwurf aufgrund der Beeinträchtigungen aufgeben müssen und seien auf Unterstützung angewiesen. Aber auch in Zukunft werde es Fälle geben von COVID-Erkrankten, die durch die Nachwirkungen schwerwiegend beeinträchtigt werden – wie etwa durch die neuroimmunologische Erkrankung ME/CFS. Dessen diffuses Krankheitsbild verhindere häufig eine angemessene ärztliche Betreuung. Ausschlaggebend für die Hilfe der Betroffenen sei eine umfangreiche Erforschung der postviralen Erkrankungen. Der Ausschuss solle daher unbedingt die Forschung in diesem Bereich unterstützen. Das BMBF habe bereits viele Millionen Euro zur Verfügung gestellt und die Regierungskoalition werde sich weiter in dieser Angelegenheit engagieren. Die Bundestagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN rufe dazu auf, die heutige Diskussion im Rahmen der kommenden Haushaltsverhandlungen weiterzuführen und eine Zusammenarbeit der verschiedenen Ressorts bei der Gesundheitsversorgung im Auge zu behalten.

Die **Fraktion DIE LINKE** kündigt an, dem Antrag zuzustimmen und richtet mehrere Fragen und Anmerkungen an die Bundesregierung zur Umsetzung einzelner Vorhaben, die im Ausschuss bereits besprochen wurden.

Zunächst sei fraglich, ob die Regierung einen Überblick darüber habe, welche Medikamente zur Behandlung postviraler Erkrankungen aktuell entwickelt oder getestet würden. Auch sei interessant, welche Forschungsprojekte der Bund in dieser Richtung bereits unterstütze und ob auch Möglichkeiten zum Off-Label-Gebrauch bestimmter Medikamente in Betracht gezogen würden.

Da die Bundesregierung momentan ein neues Datennutzungsgesetz vorbereite, stelle sich die Frage, ob sie die angemeldeten Bedarfe der Long-COVID-Forschung in ihre Überlegungen zu dem Gesetz einbeziehe. Während eines Treffens mit dem „Netzwerk Universitätsmedizin (NUM)“ und auch in der Hochschulrektorenkonferenz sei die Datennutzung, speziell für die Untersuchung von Long COVID, erörtert worden.

Des Weiteren interessiere die Fraktion DIE LINKE, inwiefern die Bundesregierung die Ansätze der klinischen Umweltmedizin berücksichtige. Gerade bei der Behandlung chronischer Multisystem-Erkrankungen habe diese Form der Medizin beachtenswerte Erfolge vorzuweisen.

Zudem sei darauf hinzuweisen, dass auch andere Krankheiten zu ME/CFS führen könnten und daher bei den Förderfragen ebensolche Krankheiten, wie zum Beispiel Sepsis, als Forschungsgegenstand eingebunden werden sollten.

Abschließend richte sie die Frage an die Bundesregierung, inwieweit eine Forschungsförderung auch die Rehabilitation der einzelnen Erkrankungen miteinschließe. Denn auch diese benötige eine hinreichende wissenschaftliche Grundlage, um möglichst spezifisch und personalisiert auf den jeweiligen Krankheitsverlauf angepasst werden zu können.

Die **FDP-Fraktion** stimmt zu, dass der Antrag ein wichtiges Thema adressiere. Die Frage nach einer angemessenen Betreuung und Behandlung der Patienten postviraler Erkrankungen betreffe die vielen individuellen Schicksale, berühre aber auch gesamtwirtschaftliche Aspekte. Denn viele der Betroffenen seien durch ihre Beeinträchtigung vom Arbeitsleben und damit vom gesellschaftlichen Leben abgeschnitten. Man müsse die Ursachen und Behandlungsmöglichkeiten für dieses Krankheitsbild umfassend erforschen. Der Antrag biete dafür mehrere gute Ansätze und gehe auch der Frage nach, welche Strukturen letztendlich gefördert werden müssten. Schließlich könne es nicht nur darum gehen, welche finanziellen Mittel die Bundesregierung bereitstellen werde, sondern auch darum, wie das Geld am besten in die jeweiligen Strukturen gelangen kann. Dafür seien aber noch weitere Ideen erforderlich, die interfraktionell diskutiert und erarbeitet werden müssten. Die Haushaltsberatungen böten dafür eine geeignete Gelegenheit. Wichtig sei, dass die Debatte nicht dafür genutzt werde, die positiven Wirkungen der Impfungen zu trivialisieren – namentlich die Krankheitsverläufe abzuschwächen und das Infektionsrisiko zu senken. Gerecht werde diesem bedeutsamen Thema nur eine objektive lösungsorientierte Herangehensweise.

Der Parlamentarische Staatssekretär bei der Bundesministerin für Bildung und Forschung Mario Brandenburg betont, dass sich die Bundesregierung mit dem Gegenstand dieses Antrags bereits intensiv auseinandersetze. Immer wieder habe sich dieses Themengebiet sowohl für die Erkrankten als auch für die Forschenden, als dynamisch und wechselhaft erwiesen. Glücklicherweise gebe es eine Vielzahl von Forschungsprojekten zu postviralen Erkrankungen. Diese gelte es weiter zu fördern und wirksamer zu machen.

Das BMBF ziele, zusammen mit den jeweiligen Forschungseinrichtungen und dem Bundesministerium für Gesundheit, auf ein möglichst breites Bild über die Medikamentennutzung auf diesem Gebiet. Die hauseigenen Programme seien für die Forschung zu entsprechenden Medikamenten geöffnet. Auch gebe es Initiativen des Netzwerks Universitätsmedizin (NUM), welche die Medikamentennutzung verschiedenster Art erfassten und testeten.

Die Datennutzung sei hierbei und allgemein bei der Erforschung postviraler Erkrankungen ein großer Teilbereich, bei dem mehrere Akteure zusammenarbeiteten. Während das BMG am Gesundheitsdatennutzungsgesetz arbeite, sei das NUM auf universitäre Medizin spezialisiert. Für das diesjährig gegründete Dateninstitut wiederum, für welches das BMWK sowie das BMI federführend seien, stelle Long COVID einen der ersten großen Anwendungsfälle dar. Das Institut ziele darauf ab, dass zum Wohle der Betroffenen die notwendigen Daten gebündelt und verfügbar gemacht werden. Dies sei auch von Bedeutung, um verschiedene Teilbereiche der Long COVID-Behandlung miteinander und mit der Forschung zu verknüpfen. Das BMBF fördere mit ErgoLoCo etwa eine ergotherapeutische Intervention für Long-COVID-Betroffene, die auch eine Schnittstelle zwischen Behandlung und Forschung darstelle. Sowohl das BMG als auch das BMAS betrieben ähnliche Projekte.

Berlin, den 14. Juni 2023

Ruppert Stüwe
Berichtersteller

Stephan Albani
Berichtersteller

Laura Kraft
Berichterstatlerin

Dr. Stephan Seiter
Berichtersteller

Dr. Götz Frömming
Berichtersteller

Dr. Petra Sitte
Berichterstatlerin